

Die Ängste der Bundesländer im Vergleich

Wiesbaden, 12. Oktober 2023. Wirtschaftliche Themen stehen bundesweit im Vordergrund. In acht Regionen führt die Angst vor steigenden Lebenshaltungskosten das Ranking an. In allen Bundesländern unter den Top Ten: Die Angst vor unbezahlbarem Wohnraum sowie vor Leistungskürzungen und Steuererhöhungen. Deutlich zugenommen hat vielerorts die Angst, dass Geflüchtete den Staat überfordern.

In den meisten Bundesländern hat sich die Stimmung verschlechtert. Die mit Abstand größten Sorgen machen sich die Menschen in Sachsen-Anhalt. Die gelassensten Menschen leben in Mecklenburg-Vorpommern. Auch in Berlin, im Saarland und in Rheinland-Pfalz bleiben die Befragten relativ optimistisch.

Bitte beachten: Für die einzelnen Bundesländer sind die Zahlen nicht repräsentativ. Aufgrund der zum Teil abweichenden oder geringeren Fallzahlen kann eine gewisse Unschärfe auftreten. Wie in den Vorjahren wurden einige Bundesländer zusammengefasst, so dass sich insgesamt 13 Einzelbetrachtungen ergeben.

Baden-Württemberg (Platz 5)

- Die Stimmung in Baden-Württemberg hat sich im Vergleich zum Vorjahr kaum verändert, weiterhin sind die Menschen hier eher ängstlich (2022 Platz vier, 2021 Platz fünf).
- Mit 71 Prozent führt die Sorge vor steigenden Lebenshaltungskosten das Ranking an. Im Vergleich zu 2022 ist diese Angst im Ländle jedoch um zwölf Prozentpunkte gesunken.

Das R+V-Infocenter ist eine Initiative der R+V Versicherung in Wiesbaden. In Zusammenarbeit mit Sicherheitsexperten informiert das R+V-Infocenter die Öffentlichkeit regelmäßig über Themen rund um Sicherheit und Vorsorge.

Bei Fragen und Anregungen wenden Sie sich bitte an:
Arts & Others, Anja Kassubek, Daimlerstraße 12, 61352 Bad Homburg,
Tel. 06172 9022131, E-Mail: ruv-infocenter@arts-others.de

www.infocenter.ruv.de, [X @ruv_de](https://www.instagram.com/ruv_de)

- 66 Prozent der Menschen befürchten Steuererhöhungen oder Leistungskürzungen (Platz zwei). Eine schlechtere Wirtschaftslage fürchten 64 Prozent (Platz drei) – diese Sorge ist nur noch in Sachsen-Anhalt ähnlich stark ausgeprägt.
- Besonders deutlich gestiegen ist die Angst vor einer Überforderung des Staates durch Geflüchtete (plus 22 Prozentpunkte). Sie liegt mit 62 Prozent auf Platz fünf.
- Die Angst vor einer Spaltung der Gesellschaft (54 Prozent, Platz sieben) ist nur in Sachsen-Anhalt noch größer.

Bayern (Platz 2)

- Die Bayern sind deutlich besorgter als vor einem Jahr (plus sieben Prozentpunkte). Entsprechend legen fast alle Top-Ten-Ängste zu. Ein ähnliches Bild zeigt sich so nur noch in Sachsen-Anhalt und Brandenburg.
- Die Angst, dass die Lebenshaltungskosten steigen, belegt wie im Vorjahr Platz eins (67 Prozent). Es folgen die Sorgen vor Steuererhöhungen und Leistungskürzungen (66 Prozent, plus 15 Prozentpunkte) und vor hohen Kosten durch die EU-Schuldenkrise (64 Prozent, plus zwölf Prozentpunkte).
- Bemerkenswert: In keinem anderen Bundesland stehen Umweltthemen so sehr im Fokus wie in Bayern. Vor immer häufigeren Naturkatastrophen fürchten sich 60 Prozent der Befragten, vor den Folgen des Klimawandels 59 Prozent. Im Bundesdurchschnitt sind es jeweils 47 Prozent.

Berlin (Platz 11)

- Die Stimmung in der Hauptstadt hat sich im Vergleich zum Vorjahr nur minimal verbessert. Angesichts der bundesweit hohen Angstwerte gehören die Berliner zu den entspannteren Deutschen.
- Wie schon im vergangenen Jahr belegt die Angst vor steigenden Lebenshaltungskosten Platz eins (60 Prozent, plus fünf Prozentpunkte). Auf Platz zwei rangiert die

Das R+V-Infocenter ist eine Initiative der R+V Versicherung in Wiesbaden. In Zusammenarbeit mit Sicherheitsexperten informiert das R+V-Infocenter die Öffentlichkeit regelmäßig über Themen rund um Sicherheit und Vorsorge.

Bei Fragen und Anregungen wenden Sie sich bitte an:
Arts & Others, Anja Kassubek, Daimlerstraße 12, 61352 Bad Homburg,
Tel. 06172 9022131, E-Mail: ruv-infocenter@arts-others.de

Sorge, dass Wohnen unbezahlbar wird (56 Prozent). Es folgt die Angst vor einer Überforderung der Politikerinnen und Politiker (48 Prozent).

- In keinem anderen Bundesland befürchten weniger Menschen, dass die hohe Zahl der Geflüchteten den Staat überfordert (43 Prozent, Bundesdurchschnitt 56 Prozent).
- Auffällig: Nur in Berlin und in Hessen liegen die Angst vor Pflegebedürftigkeit im Alter und die Furcht vor einer schweren Erkrankung unter den Top Ten.

Brandenburg (Platz 2)

- Die Menschen in Brandenburg blicken in diesem Jahr wieder pessimistischer in die Zukunft (plus sieben Prozentpunkte).
- Das spiegelt sich auch bei den einzelnen Ängsten wider: Fünf der Top-Ten-Sorgen sind so groß wie in keiner anderen Region – allen voran mit 75 Prozent die Angst vor steigenden Lebenshaltungskosten. Es folgt die Angst vor Steuererhöhungen oder Leistungskürzungen (72 Prozent). Sie ist im Jahresvergleich um 21 Prozentpunkte gestiegen.
- Einmalig: In keinem anderen Bundesland sorgt sich die Bevölkerung so sehr vor Schadstoffen in Nahrungsmitteln wie in Brandenburg. Die Furcht belegt mit 63 Prozent Platz fünf im Ranking.
- Besonders deutlich hat sich die Angst vor Spannungen durch den weiteren Zuzug von Ausländern verstärkt (plus 22 Prozentpunkte auf 56 Prozent). Noch größer ist diese Sorge nur bei den Menschen in Sachsen-Anhalt.

Hessen (Platz 4)

- In Hessen hat sich die Stimmung im Jahresvergleich um zwei Prozentpunkte leicht verschlechtert.
- Besonders ausgeprägt ist die Angst vor steigenden Lebenshaltungskosten, sie liegt mit 73 Prozent an der Spitze. Größer ist diese Sorge nur in Brandenburg.

Das R+V-Infocenter ist eine Initiative der R+V Versicherung in Wiesbaden. In Zusammenarbeit mit Sicherheitsexperten informiert das R+V-Infocenter die Öffentlichkeit regelmäßig über Themen rund um Sicherheit und Vorsorge.

Bei Fragen und Anregungen wenden Sie sich bitte an:
Arts & Others, Anja Kassubek, Daimlerstraße 12, 61352 Bad Homburg,
Tel. 06172 9022131, E-Mail: ruv-infocenter@arts-others.de

www.infocenter.ruv.de, [X @ruv_de](https://www.instagram.com/ruv_de)

- Bundesweit mit Abstand am größten: 70 Prozent der Hessen befürchten, dass Wohnraum unbezahlbar wird (Platz zwei).
- Auf Platz drei und vier folgen zwei persönliche Sorgen, die nirgendwo sonst so ausgeprägt sind: 65 Prozent der Hessen haben Angst davor, im Alter ein Pflegefall zu werden; 60 Prozent sorgen sich vor einer schweren Erkrankung.

Mecklenburg-Vorpommern (Platz 13)

- Entspannung im Nordosten: In keinem anderen Bundesland hat sich die Stimmung so deutlich verbessert wie in Mecklenburg-Vorpommern (minus 17 Prozentpunkte).
- Auf Platz eins rangiert die Angst, dass die große Zahl der Geflüchteten den Staat überfordert (53 Prozent), auf Platz zwei folgt die Angst vor einer Überforderung der Politik (52 Prozent).
- Die Top-Ten-Ängste haben abgenommen – mit einer Ausnahme: Der Furcht vor einem Krieg mit deutscher Beteiligung. Sie ist um 16 Prozentpunkte gestiegen (auf 46 Prozent, Platz drei).
- Bemerkenswert: In keinem anderen Bundesland sind die Menschen so gelassen wie in Mecklenburg-Vorpommern, wenn es um die Spaltung der Gesellschaft oder um unbezahlbaren Wohnraum geht (jeweils 39 Prozent). Im Bundesdurchschnitt sind es 50 beziehungsweise 60 Prozent.

Niedersachsen und Bremen (Platz 5)

- In Niedersachsen und Bremen hat sich das Angstniveau im Vergleich zum Vorjahr kaum verändert (minus einen Prozentpunkt).
- Die größte Sorge bereitet den Menschen, dass Wohnraum unbezahlbar wird (66 Prozent, plus fünf Prozentpunkte). Den Spitzenplatz im Ranking belegt diese Angst in keinem anderen Bundesland.

Das R+V-Infocenter ist eine Initiative der R+V Versicherung in Wiesbaden. In Zusammenarbeit mit Sicherheitsexperten informiert das R+V-Infocenter die Öffentlichkeit regelmäßig über Themen rund um Sicherheit und Vorsorge.

Bei Fragen und Anregungen wenden Sie sich bitte an:
Arts & Others, Anja Kassubek, Daimlerstraße 12, 61352 Bad Homburg,
Tel. 06172 9022131, E-Mail: ruv-infocenter@arts-others.de

www.infocenter.ruv.de, [X @ruv_de](https://www.instagram.com/ruv_de)

- Auf Platz zwei steht die Furcht vor steigenden Lebenshaltungskosten (65 Prozent, minus zwei Prozentpunkte), gefolgt von der Angst vor Steuererhöhungen oder Leistungskürzungen (63 Prozent, plus elf Prozentpunkte).
- Neu unter den Top Ten in Niedersachsen und Bremen: Auf Platz fünf ist die Sorge, dass die Zahl der Geflüchteten den Staat überfordert (57 Prozent, plus zwölf Prozentpunkte) und auf Platz sechs die Angst vor einer Überforderung der Politik (53 Prozent, plus acht Prozentpunkte).

Nordrhein-Westfalen (Platz 7)

- Die Stimmung in Nordrhein-Westfalen hat sich spürbar verschlechtert. 2021 blickten die Menschen hier noch am positivsten in die Zukunft. Heute belegt das Bundesland nur noch Platz sieben.
- Wie im Vorjahr auf den Plätzen eins und zwei: die Angst vor steigenden Lebenshaltungskosten (64 Prozent) und vor unbezahlbarem Wohnraum (63 Prozent).
- Jeder zweite Befragte macht sich Sorgen, dass Deutschland zur Kriegspartei wird (Platz sieben). Weiter oben im Ranking liegt diese Angst nur in Thüringen und Mecklen-burg-Vorpommern.
- Bemerkenswert: In keinem anderen Bundesland ist das Vertrauen in die Politik so groß wie in Nordrhein-Westfalen (42 Prozent).

Rheinland-Pfalz und Saarland (Platz 12)

- Leichte Stimmungsaufhellung in Rheinland-Pfalz und dem Saarland: Die Menschen blicken etwas optimistischer in die Zukunft als im Vorjahr.
- Die Angst vor steigenden Lebenshaltungskosten führt das Ranking nach wie vor an (63 Prozent).

Das R+V-Infocenter ist eine Initiative der R+V Versicherung in Wiesbaden. In Zusammenarbeit mit Sicherheitsexperten informiert das R+V-Infocenter die Öffentlichkeit regelmäßig über Themen rund um Sicherheit und Vorsorge.

Bei Fragen und Anregungen wenden Sie sich bitte an:
Arts & Others, Anja Kassubek, Daimlerstraße 12, 61352 Bad Homburg,
Tel. 06172 9022131, E-Mail: ruv-infocenter@arts-others.de

www.infocenter.ruv.de, [X @ruv_de](https://www.instagram.com/ruv_de)

- Deutlich gewachsen: die Furcht vor einer Überforderung des Staates durch Geflüchtete. Sie hat um 15 Prozentpunkte zugelegt und belegt damit Platz zwei. Trotzdem ist sie mit 53 Prozent noch niedriger als im Bundesdurchschnitt.
- Auf Platz drei liegt die Angst vor einem Wirtschaftseinbruch. Davor fürchten sich – wie im Vorjahr – 51 Prozent.
- Ebenfalls unverändert ist im Südwesten die Sorge um den Klimawandel (48 Prozent, Platz vier).
- Die Befürchtung, dass Wohnraum unbezahlbar wird, ist um sechs Prozentpunkte gesunken (44 Prozent, Platz acht). In allen anderen westdeutschen Bundesländern ist diese Sorge größer.

Sachsen (Platz 9)

- In Sachsen hat sich die Stimmung etwas entspannt. Gleich neun der Top-Ten-Ängsten sind gesunken, fast alle liegen unter dem Bundesdurchschnitt.
- Platz eins im Ranking der größten Ängste belegt mit 56 Prozent die Furcht vor steigenden Lebenshaltungskosten. Auf Platz zwei folgt die Sorge, dass die große Zahl der Geflüchteten den Staat überfordert (49 Prozent).
- Deutlich gesunken ist die Angst vor immer teurerem Wohnraum (minus 15 Prozentpunkte, Platz zehn). 2022 war das noch die zweitgrößte Sorge der Sachsen.
- Auffällig: In keinem anderen Bundesland steht die Angst, dass weltweit autoritäre Herrscher immer mächtiger werden, so weit oben im Angstranking (Platz fünf, 46 Prozent).

Sachsen-Anhalt (Platz 1)

- In Sachsen-Anhalt macht sich 2023 Pessimismus breit. In keinem anderen Bundesland haben die Ängste im Jahresvergleich so stark zugenommen (plus 19 Prozent-)

Das R+V-Infocenter ist eine Initiative der R+V Versicherung in Wiesbaden. In Zusammenarbeit mit Sicherheitsexperten informiert das R+V-Infocenter die Öffentlichkeit regelmäßig über Themen rund um Sicherheit und Vorsorge.

Bei Fragen und Anregungen wenden Sie sich bitte an:
Arts & Others, Anja Kassubek, Daimlerstraße 12, 61352 Bad Homburg,
Tel. 06172 9022131, E-Mail: ruv-infocenter@arts-others.de

www.infocenter.ruv.de, [X @ruv_de](https://www.instagram.com/ruv_de)

punkte). In den Top Ten sind fünf Sorgen hier stärker ausgeprägt als im Rest von Deutschland.

- Alle Top-Ten-Ängste sind zweistellig gestiegen. Darunter auch die Angst vor Terrorismus (63 Prozent, Platz acht) – mit einem Plus von satten 31 Prozentpunkten. Das ist bundesweit der größte Anstieg einer Sorge.
- Die Angst, dass die Zahl der Geflüchteten den Staat überfordert, ist in Sachsen-Anhalt am deutlichsten ausgeprägt (72 Prozent, plus 28 Prozentpunkte). Nur in einem weiteren Bundesland – in Mecklenburg-Vorpommern – belegt diese Sorge noch Platz eins.
- Auf Platz zwei: Die Furcht vor hohen Kosten für den Steuerzahler durch die EU-Schuldenkrise. Mit 70 Prozent und einem Plus von 27 Prozentpunkten ebenfalls ein Spitzenwert.

Schleswig-Holstein und Hamburg (Platz 9)

- Die Menschen im Norden sind ängstlicher als im Vorjahr.
- Bemerkenswert: Die Sorge, im Alter zum Pflegefall zu werden (52 Prozent), führt nur hier das Angstranking an. Diese Furcht ist besonders gestiegen – um 21 Prozentpunkte.
- Auf Platz zwei folgt die Angst vor einer Überforderung der Politik (52 Prozent).
- Weiter vorn im Angstranking als in jedem anderen Bundesland: Die Furcht vor Spannungen durch den weiteren Zuzug von Ausländern liegt in Schleswig-Holstein und Hamburg auf Platz drei (51 Prozent).
- Die Angst vor steigenden Lebenshaltungskosten rangiert in Schleswig-Holstein und Hamburg auf Platz vier (51 Prozent). Nur die Menschen in Mecklenburg-Vorpommern sind bei diesem Thema noch etwas entspannter.
- Die Angst vor Terrorismus liegt – anders als in fast allen anderen Bundesländern – im Norden unter den Top Ten (47 Prozent, Platz zehn).

Das R+V-Infocenter ist eine Initiative der R+V Versicherung in Wiesbaden. In Zusammenarbeit mit Sicherheitsexperten informiert das R+V-Infocenter die Öffentlichkeit regelmäßig über Themen rund um Sicherheit und Vorsorge.

Bei Fragen und Anregungen wenden Sie sich bitte an:
Arts & Others, Anja Kassubek, Daimlerstraße 12, 61352 Bad Homburg,
Tel. 06172 9022131, E-Mail: ruv-infocenter@arts-others.de

Thüringen (Platz 8)

- Die Menschen in Thüringen blicken viel optimistischer in die Zukunft als im vergangenen Jahr (minus zehn Prozentpunkte).
- Bemerkenswerte Top-Sorgen: Ein Krieg mit deutscher Beteiligung ängstigt in Thüringen besonders viele Menschen (63 Prozent, Platz eins). Auf Platz zwei folgt die Angst vor einer Überforderung der Politikerinnen und Politiker (62 Prozent). Sie ist deutlich gestiegen (plus zehn Prozentpunkte).
- Deutlich gesunken ist die Angst vor steigenden Lebenshaltungskosten – um 15 Prozentpunkte. Sie belegt jetzt mit 55 Prozent Platz drei (2022: 70 Prozent, Platz eins).
- Zwei weitere Top-Ängste sind stark gesunken: die Furcht vor hohen Kosten durch die EU-Schuldenkrise (minus 13 Prozentpunkte, Platz neun) und vor einer schlechteren Wirtschaftslage (minus 16 Prozentpunkte, Platz zehn).

Das R+V-Infocenter ist eine Initiative der R+V Versicherung in Wiesbaden. In Zusammenarbeit mit Sicherheitsexperten informiert das R+V-Infocenter die Öffentlichkeit regelmäßig über Themen rund um Sicherheit und Vorsorge.

Bei Fragen und Anregungen wenden Sie sich bitte an:
Arts & Others, Anja Kassubek, Daimlerstraße 12, 61352 Bad Homburg,
Tel. 06172 9022131, E-Mail: ruv-infocenter@arts-others.de

www.infocenter.ruv.de, [X @ruv_de](https://www.instagram.com/ruv_de)